

Abstimmungen vom 23. September

Im Kanton und in der Stadt Zürich kommen je zwei Vorlagen an die Urne.

Kanton

Konstruktives Referendum

Worum es bei der Vorlage geht

Mit dem konstruktiven Referendum können 3000 Stimmberechtigte innert 60 Tagen einen ausformulierten Gegenvorschlag zu einer Vorlage des Kantonsrats einreichen. Nach sechs Jahren will die Mehrheit des Kantonsrats dieses Referendum wieder abschaffen. Bis heute sind acht solcher Gegen schläge zur Abstimmung gekommen, kein einziger wurde angenommen.

Die Befürworter und ihre Argumente

Bürgerliche Parteien wollen das konstruktive Referendum abschaffen - die SVP steht an der Spitze, ihr folgen FDP, CVP und BDP. Sie sagen, dass es schwieriger geworden sei, in Kommissionen und im Kantonsrat zu Kompromissen und so zu einem tragfähigen Konsens zu kommen. Ein konstruktives Referendum sei einfach zu erreichen, da dafür nur 3000 Unterschriften nötig sind.

Die Gegner und ihre Argumente

Gegen die Abschaffung wehren sich SP, Grüne, GLP, EVP und der Gewerkschaftsbund. Sie sagen, das konstruktive Referendum sei ein wichtiges Instrument der direkten Demokratie, und sind überzeugt, dass es die Kompromissbereitschaft im Parlament steigert. Bisherige Abstimmungen hätten gezeigt, dass die Stimmbürger mit dem Volksrecht umgehen könnten und nicht überfordert seien.

Kredit für Autobahnzubringer A 4

Das Projekt sieht vor, dass Ottenbach umfahren und in Obfelden eine Strasse tiefer gelegt und teilweise überdeckt wird. Die Gesamtkosten betragen 65,4 Millionen Franken, davon übernimmt der Bund 25,8 Millionen Franken. Abgestimmt wird über den Kostenanteil des Kantons (38,9 Millionen Franken) und der beiden Gemeinden (0,7 Millionen Franken).

Der Kantonsrat befürwortete das Projekt mit 94 zu 74 Stimmen. SVP, CVP, FDP, EVP, BDP und die SP des Bezirks Affoltern befürworten die Vorlage. Die Befürworter sprechen von einer ausgereiften Vorlage, welche man ihnen seit Jahrzehnten versprochen habe. Sie entlaste die beiden Dörfer wirkungsvoll vom Durchgangsverkehr. Insbesondere werde der Schulweg sichergestellt.

SP, Grüne, GLP und EDU sowie diverse Natur- und Landschaftsorganisationen lehnen die Vorlage ab. Die Gegner argumentieren, dass neue Strassen mehr Verkehr anziehen und die Zersiedlung fördern würden, und sie kritisieren, dass die Strasse Kulturland und ein Naturschutzgebiet (Flachmoor) tangiere. Zudem habe der Verkehr seit der Autobahneröffnung nicht merklich zugenommen.

Stadt Zürich

Neugestaltung Sechseläutenplatz

Wie soll der Raum Bellevue-Stadelhofen aufgewertet werden? Darüber macht sich die Stadt seit den 90er-Jahren Gedanken. 2003 sagte die Bevölkerung deutlich Ja zum Gestaltungsplan «Sechseläutenplatz-Theaterplatz». Im März dieses Jahres bewilligte der Gemeinderat 17,2 Millionen Franken für einen neuen Platz aus Naturstein mit zahlreichen Sitzmöglichkeiten, Wasserspiel und Bäumen.

SP, Grünliberale, Grüne, AL, CVP und EVP stimmen der Vorlage zu. Sie sehen in der Umgestaltung einen Gewinn für Stadt und Bevölkerung.

SVP, FDP und die SD haben im Gemeinderat das Behördenreferendum gegen die Vorlage ergriffen. Während sich SVP und SD an der Art und Weise der Umgestaltung stören und eine Wiese respektive Brache bevorzugen, lehnen die Freisinnigen das Projekt wegen eines mit dem Projekt verbundenen Spurabbaus am Utoquai ab. Sie befürchten ein Verkehrschaos und sehen das Gewerbe bedroht.

Flächendeckendes Glasfasernetz

Das EWZ will zusammen mit der Swisscom ein fast flächendeckendes Glasfasernetz bauen. Bereits vor fünf Jahren hat das Volk 200 Millionen Franken für eine erste Etappe bewilligt, nun steht ein weiterer Kredit von 400 Millionen Franken an. Steuergelder werden keine verwendet - das EWZ muss den Kredit mit Gewinnen aus dem Netz zurückzahlen.

Nach Ansicht der Befürworter gehört eine Schlüsselinfrastruktur wie ein Glasfasernetz in die Hand des Staates. Es zieht innovative Firmen an, und auch Private profitieren. Da alle Provider Zugang zur städtischen Glasfaser haben, entsteht Wettbewerb, die Preise sinken. Im Gemeinderat stehen alle Parteien ausser der SVP hinter der Vorlage.

Die Gegner sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, ein Glasfasernetz zu bauen; wo Bedarf besteht, bauen Private. Zudem gehe das EWZ mit dem Vorhaben ein grosses Risiko ein, das zu grossen Verlusten führen könne. Neben der SVP sind auch die Jungfreisinnigen sowie der Stadtzürcher Gewerbeverband gegen die Vorlage. (TA)